Basel, den 10. April 1943 - 43. Jahrgang - Nr. 15

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V. S. K.), Basel

Erscheint wöchentlich - Redaktion: Dr. W. Ruf

Verantwortlich für Druck und Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.)

Zum Problem der Kalorienrationierung

Abschliessende Stellungnahme von Herrn Muggli, Chef der Sektion für Rationierungswesen im Eidg. Kriegsernährungsamt

Unter dem Titel «Die Rationierung von Lebensmitteln in der Schweiz» ist in den Nummern 47 und 48 des 42. Jahrganges des «S. K.-V.» eine Studie über ein auf Kalorienzuteilung basierendes Rationierungssystem erschienen. Die dort vorgetragenen neuen Ideen sind von uns mit grossem Interesse aufgenommen und die Möglichkeit ihrer Umsetzung in die Praxis ernsthaft geprüft worden. Wir haben jedoch in einer ersten Antwort (Nr. 49) schon grundsätzlich Einwände geltend gemacht, und in der Zwischenzeit sind weitere gut fundierte Diskussionsbeiträge erschienen, die ebenfalls ernst zu nehmende Bedenken gegen den zunächst einfach erscheinenden Vorschlag äussern. Der Ernst und die Sachlichkeit, mit denen das Problem aufgeworfen und diskutiert wurde, verdienen durch ein nochmaliges Daraufeingehen gewürdigt zu werden. Wir versuchen deshalb nachstehend die grundsätzliche Abweichung unserer Auffassung von derjenigen des Initianten im wesentlichen zu umreissen und damit definitiv zum ganzen Fragenkomplex Stellung zu nehmen.

Die Studie baut auf zwei grundlegenden Gedanken auf:

1. Das Ziel: eine konsequent gerechte Verteilung der Lebensmittel durch die Einführung der Totalrationierung.
2. Das Mittel: ein Rationierungssystem, basierend auf der Zuteilung von Kalorieneinheiten.

Das Ziel, soweit es die gerechte Verteilung betrifft, deckt sich in vollem Umfang mit dem, was auch wir immer angestrebt haben: weitgehende Berücksichtigung der verschiedenen Ernährungsbedürfnisse, wie sie durch Alter, Arbeitsintensität, Gesundheitszustand, Arbeitsort, Versorgungsmöglichkeit und Kaufkraft des Konsumenten bedingt sind. Unsere Bemühungen um eine soziale Gestaltung der Rationierung fanden ihren sichtbaren Ausdruck unter anderem in der Schaffung von Wechselcoupons und Umtauschmöglichkeiten. Der Wechselcoupon «Butter/Fett» erlaubt den Minderbemittelten, an Stelle der teuren Butter eine gleichwertige Menge billigeren Fettes zu erstehen. Wie der Wechselcoupon, so gestatten auch die Umtauschmöglichkeiten die Wahl billigerer, im Nährwert jedoch ebenbürtiger Produkte. Fleisch kann in Käse oder Hülsenfrüchte umgetauscht werden, Milch und Butter in Käse, und in gewissen Kantonen, in denen Mais von jeher der Hauptbestandteil der täglichen Ernährung ausmachte, ist der Tausch von Milch in Mais gestattet.

Mit den Wechselcoupons und Umtauschmöglichkeiten ist der soziale Gehalt unseres Rationierungssystems noch keineswegs ausgeschöpft. Vor allem bedeutet die abgestufte Rationierung ein Entgegenkommen an die weniger Kaufkräftigen, die weitgehend mit den Schwerarbeitern identisch sind. Für ihren erhöhten Kalorienbedarf erhalten diese Zusatzrationen an wichtigen Nahrungsmitteln, die ausserdem noch restlos in Käse umgetauscht werden können. Für die speziellen Bedürfnisse der Arbeiter ist weiterhin gesorgt, indem gewisse Arbeiterkantinen besondere Zuteilungen erhalten. Arbeiterkantinen in Gebirgsgegenden sind im Verhältnis zu andern Gaststätten sogar erheblich bevorzugt. Auch alle andern Gaststätten, in denen vorwiegend Arbeiter verpflegt werden, können sich, dank der Elastizität der Quotentabelle für kollektive Haushaltungen, nach der ihnen besonders zusagenden Variante eindecken. Grosses Entgegenkommen haben wir ferner in der Regelung der Schülerspeisungen bewiesen, und die frühzeitig eingeführten Kontingente für Härtefälle lassen erkennen, dass der soziale Faktor vorausschauend und nicht unter dem Druck der Verhältnisse berücksichtigt worden ist.

Die soziale Gestaltung der Rationierung könnte durch weitere Details dokumentiert werden, wie Ausschaltung der Doppelversorgung durch Einführung der Mahlzeitencoupons, Abgabe von Vollmilch, Einbeziehung von Patisserie in die Brotrationierung, das Zurückbehalten entsprechender Coupons bei Selbstversorgern; doch enthalten die ausgeführten Beispiele Argumente genug, um den allfälligen Vorwurf, dem sozialen Ausbau der Rationierung werde nicht die nötige Aufmerksamkeit geschenkt, wirksam entgegentreten zu können.

Der weiteren Ausgestaltung der Rationierung im Sinne einer Differenzierung sind allerdings gewisse Grenzen gesetzt. Theoretisch liesse sie sich gewiss noch weiter ausbauen, in der Praxis jedoch machen sich jetzt schon Durchführungs-Schwierigkeiten bemerkbar. Es geht nicht an, den Gemeinde-Rationierungsämtern, die bis an die Grenze des Möglichen belastet sind, bedenkenlos noch weitere Arbeit aufzubürden. Wir sind in diesem Zusammenhang durch-

aus der Meinung jener Diskussionsvotantin, die der Frage nach der Verwaltungsrentabilität den zweiten Platz zuweist. Es geht aber nicht darum, sondern um die praktische Durchführbarkeit der Rationierungsvorschriften überhaupt. Denn was nützt uns ein theoretisch vollkommenes System, wenn es in der Praxis nicht mehr durchgeführt werden und sogar als allzu feines Instrument zum Versagen der ganzen Rationierung führen kann?

Ausser diesen Grenzen sind der sozialen Berücksichtigung noch solche wirtschaftlicher und finanzieller Natur gesetzt. Es hat sich nämlich gezeigt, dass als Folge des Wechselcoupons gewisse Waren unverkäuflich werden. Entweder weicht die Käuferschaft nach dem beliebteren oder dann nach dem billigeren Produkt aus. In beiden Fällen müssen wir um den Absatz der nicht begehrten Produkte besorgt sein, wenn wir die Ware nicht verderben lassen wollen.

Das entscheidende und von der Rationierung aus — wie immer auch sie gestaltet sein möge — unübersteigbare Hindernis liegt in der Tatsache, dass bei zu niedrigem Einkommen die betreffenden Bezugsberechtigten nicht mehr die ganze Lebensmittelkarte einlösen können (selbst wenn sie sich an die billigsten Artikel halten). Hier stehen wir an der absoluten Grenze der Rationierung, und wir werden ihres eigentlichen Zweckes gewahr: Die Rationierung ist lediglich dazu da, um die benötigten *Waren* zur Verfügung zu stellen und jedermann die zu deren Kauf erforderlichen *Bezugsrechte* zuzuteilen. Die sozialen Verhältnisse können nur berücksichtigt werden, soweit sie sich innerhalb dieser Grenzen lösen lassen. Darüber hinaus muss das Instrument der Rationierung notwendigerweise versagen. Die soziale Frage wird nie restlos mit irgendeinem Rationierungssystem gelöst werden können, sie ist letzten Endes immer bedingt durch das Verhältnis Lohn-Preis. Nur durch die Korrektur dieser Relation und mit einer der heutigen Übergangszeit angepassten Fürsorge, die nicht den Charakter einer Unterstützung trägt, sondern als selbstverständliche Ergänzung des Einkommens angesehen wird, ist es möglich, die Geldseite dieses Problems einer Lösung entgegenzuführen.

Wir glauben damit zur Genüge bewiesen zu haben, dass der soziale Faktor in der Lebensmittelrationierung eingehendst berücksichtigt wird und somit von dieser Seite her kein Grund vorliegt, das bisherige Rationierungssystem durch ein anderes zu ersetzen. Im weiteren möchten wir nur ausführen, dass es mit der vorgeschlagenen Neuordnung auch nicht möglich sein wird, den dargelegten Begrenzungen auszuweichen, dass aber neue Schwierigkeiten hinzutreten, welche den sozialen Charakter der Rationierung ungünstig beeinflussen würden.

Zu der geforderten *Totalrationierung* haben wir schon in unserer ersten Entgegnung (Nr. 49) grundsätzliche Bedenken geäussert. Nicht zuletzt sind es auch hier soziale Erwägungen, die uns davon absehen lassen. Solange Kartoffeln, Gemüse und Obst noch nicht rationiert sind, bestehen immer noch Ausweichmöglichkeiten, die vor allem der weniger kaufkräftigen Bevölkerung zugute kommen. Im übrigen ist darauf hinzuweisen, dass die Rationierung von Obst und Gemüse infolge der Notwendigkeit der Produktionserfassung bei 220,000 Landwirtschaftsbetrieben und bei rund 380,000 Kleinpflanzern einen ungeheuern Kontrollapparat erforderlich machen würde, dass aber trotzdem ein ausgedehnter Schwarzhandel mit diesen Produkten nicht zu vermeiden wäre. Solange diese Artikel in genügender Menge zur Verfügung stehen, ist die Aufrechterhaltung der freien Einkaufsmöglichkeit zweifellos sozialer.

Haben wir uns bisher mit den Zielen des neuen Rationierungssystems befasst, so hätten wir nun die Frage abzuklären: *Ist die Kalorienrationierung ein geeignetes Mittel?*

Der Gedanke, die Lebensmittel kalorisch zu bewerten und auf Kalorien lautende Coupons auszugeben, hat auf den ersten Blick etwas Bestechendes. Nichts scheint einfacher, klarer und gerechter zu sein. Bei näherem Zusehen zeigen sich jedoch grundsätzliche Schwierigkeiten, die eine Anwendung dieser Lösung verunmöglichen. Da das vorgeschlagene System vom Kalorienwert der Lebensmittel ausgeht, ist grundsätzlich zu untersuchen, ob die Kalorienberechnungen wissenschaftlich derart feststehend sind, dass man unbedingt darauf abstellen kann. Unseres Wissens gehen die Ansichten der Physiologen über diesen Punkt noch auseinander. Sind schon die Grundlagen nicht ganz fest verankert, dann ist es nicht zu verantworten, auf dieser unsicheren Basis aufzubauen.

Selbst wenn wir uns auf eine verbindliche Kalorienberechnung stützen könnten, müsste man sich fragen, ob es angeht, einseitig auf die Kalorien abzustellen und den Eiweissgehalt, den Fettgehalt, die Vitamine usw. ausser acht zu lassen. Angenommen, die hier geforderten Voraussetzungen wären erfüllt, so sehen wir weitere *Schwierigkeiten in der Durchführung*.

An erster Stelle nennen wir die erschwerte, wenn nicht gänzlich verunmöglichte *Konsumeinschränkung* und *Konsumlenkung*. Auch darüber haben wir uns bereits geäussert (Nr. 49). Was sich beim Wechselcoupon gezeigt hat — das unberechenbare Ausweichen auf den billigeren Artikel — würde bei der Kalorienrationierung mit ihrer ausdrücklich postulierten Wahlfreiheit in verstärktem Maße auftreten. Es ist unschwer vorauszusehen, dass beliebte Waren in Kürze ausverkauft wären. Ebenso lässt sich denken, dass es Unvernünftige gibt, die, ohne Rücksicht auf den Ernährungsbedarf ihres Körpers, nur ihren Gelüsten nachleben würden. Etwas drastischer ausgedrückt: Es könnte sich jemand mit Kalorien überfüttern und sich dennoch einseitig und unzweckmässig ernähren. Solcher Unvernunft wird mit dem bestehenden System nicht Vorschub geleistet. Die als Mittel zur Lenkung empfohlene Minder- oder Höherbewertung müsste sich zweifellos zu Ungunsten der Minderbemittelten auswirken, ganz abgesehen davon, dass eine solche Massnahme nur zeitlich begrenzt sein könnte, somit die ungeregelte Marktlage früher oder später wieder eintreten würde. Auf jeden Fall besteht absolut keine Gewähr dafür, dass die gewünschte Ware zur Verfügung stände, dass vor allem von den billigeren Waren genügende Mengen vorhanden wären. Die Situation, wie sie Rosa Gilomen-Hulliger in ihrem Diskussionsbeitrag darstellt, liegt also durchaus im Bereich der Möglichkeit. Unsere Stadtfrauen, die eher an eine Vielzahl von Produkten gewöhnt sind, würden sich eventuell mit einer andern als der gewünschten Ware abfinden, nicht aber beispielsweise die Bergbevölkerung, die — einer einfachen, wenig abwechslungsreichen Ernährung verschrieben — viele Lebensmittel nicht kennt und eventuell solche beziehen müsste, die sich

für sie weniger eignen. Was die Kalorienrationierung als besonders sozial erscheinen lässt, die Wahlfreiheit, würde in erster Linie zu ihrem Fall beitragen. Weitere Schwierigkeiten ergäben sich aus der Behandlung der Selbstversorger. An Stelle der bisherigen Warencoupons müssten Kaloriencoupons abgetrennt werden, und zwar im Verhältnis zu dem, was der Betreffende produziert. Statt nur auf bestimmte Waren abzustellen, wäre in jedem einzelnen Fall die gesamte Produktion zu berücksichtigen und für alles, was gepflanzt wird, der Kalorienwert zu errechnen.

Ganz bedenklich wären die Folgen der Kalorienrationierung für den Handel. Die Bewertung jedes einzelnen Artikels liesse sich schliesslich noch durchführen — aber unter welchem Arbeitsaufwand! An jeder einzelnen Packung müsste der Kaloriengehalt angeschrieben werden und für jede Qualität Ware wäre die Bewertung wieder anders. Wechselt die Qualität von einer Lieferung — die der Händler erhält — zur andern, dann geht das Etikettieren jedesmal von neuem an. Dazu kommt nun noch die Forderung, dass gegebenenfalls die Bewertung alle drei Monate gesamthaft erneuert werden soll. Bei den meisten Markenartikeln und Konserven würde sich ein ungerader Kaloriengehalt herausstellen, so dass «Couponskleingeld» erforderlich wäre. Mit der Bewertung nach Kalorien wäre übrigens die «Warenwahrheit» keineswegs gesichert. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass der Laie mit einem «Kalorienschwindel» übervorteilt werden könnte, da ihm jede Kontrollmöglichkeit fehlen würde.

Besonders nachteilig müsste sich die Kalorienbewertung auf die Warenkontrolle auswirken. Weil der Coupon nicht mehr auf eine bestimmte Ware lauten würde, sondern auf eine bestimmte Anzahl Kalorien, wäre jede Schiebung von einer Ware zur andern möglich. Wir hätten überhaupt keine sichere Kontrollmöglichkeit mehr, weil der Wert, auf den wir uns stützen müssten, nicht mehr dauernd fixiert wäre. Bis jetzt können wir auf das Gewicht abstellen, das für unsern Zweck ein Absolutes ist. Der schwankende Wert der Kalorien aber würde die ganze Warenkontrolle illusorisch machen. Unter solchen Umständen wäre dem Schwarzhandel, dieser unsozialen Erscheinung par excellence, Tür und Tor geöffnet.

Betrachten wir zum Schluss die Auswirkungen des neuen Rationierungssystems für den Konsumenten.

Die Vernunft jedes einzelnen, wie die der Gesamtheit eines Volkes gehört zu jenen Imponderabilien, die jeder vorausschauenden Planung — und das soll die Rationierung sein — von vornherein einen Unsicherheitsfaktor zugrunde legen. Vorsichtshalber wird man also den Menschen nicht a priori als urteilsfähig in bezug auf eine ausgeglichene Ernährung einschätzen können. Gerade das wird aber bei der Kalorienrationierung vorausgesetzt, ja muss sogar vorausgesetzt werden, wenn das Prinzip der Wahlfreiheit funktionieren soll. Geben wir uns darüber Rechenschaft, dass bei einer auch das Bier erfassenden Totalrationierung ein Familienvater nicht nur einen grossen Teil seiner Kalorienbezugsberechtigungen, sondern auch die seiner Familie vertrinken könnte. Selbst wenn solche Möglichkeiten die Versorgung nicht beeinträchtigen, so darf der Staat solche Auswirkungen doch nicht ausser acht lassen.

Ob es ferner nach fast vier Jahren gut eingelebter Rationierung psychologisch richtig wäre, ein neues, vom bisherigen grundverschiedenes System einzuführen, muss füglich bezweifelt werden. Das Kaloriensystem verlangt nicht nur eine äussere, sondern, was bedeutend folgenschwerer ist, eine innere Umstellung. Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, dass der Begriff Kalorie für einen beachtlichen Prozentsatz der Bevölkerung eine Grösse darstellt, mit der sie nicht rechnen kann. Der Konsument wird dem Händler oder Wirt mit Unsicherheit, wenn nicht gar Misstrauen begegnen, da er nicht sicher ist, ob das, was man ihm gibt, nun wirklich den Coupons entspricht, die er dafür abliefert. Wir sind der festen Überzeugung, dass gerade die Gefühlsmomente, so unwissenschaftlich sie auch erscheinen, weitgehend berücksichtigt werden müssen.

Abschliessend müssen wir noch einmal feststellen, dass die Idee in ihrer Abstraktheit der gewissenhaften Prüfung wert ist, im konkreten Fall aber aus den aufgezählten Gründen nicht durchgeführt werden kann, ganz besonders nicht, weil sie sich denkbar unsozial auswirken würde. Es besteht somit auch kein Grund, vom bisherigen System abzugehen. Das will aber nicht heissen, dass wir nicht immer bereit sind, Vorschläge zu berücksichtigen, sofern etwas eindeutig Besseres vorgeschlagen wird. Wir verschliessen uns keiner Anregung, welcher Art sie auch sei und von welcher Seite sie kommen mag. Wegleitend für unsern Entscheid ist immer das Wohl des ganzen Volkes. Gelingt es uns, die vorhandenen Waren an alle Bevölkerungsteile gerecht zu verteilen, dann kann das Instrument der Rationierung die ihm gestellte Aufgabe lösen.

Zukunftsfragen und -aufgaben der genossenschaftlichen Schuhwirtschaft

Bedeutsame Ausführungen an der Delegiertenversammlung der Schuh-Coop

(Schluss.)

Die Befürchtungen ungerechtfertigter Preiserhöhungen von Artikeln, die unter die Preisverfügungen fielen, waren berechtigt, so dass der auf 1. Dezember 1942 erlassene Preisstop, wenn wir ihn auch nicht erwarteten, eingeweihte Kreise nicht überraschen konnte.

Wir erklären, dass wir diesen Erlass begrüssen, und zwar deshalb, weil wir in der Lage sind, zu beurteilen, dass er keine einseitige Ungerechtigkeit bringt und in Anbetracht der Preispolitik, wie sie sich entwickelte, im Interesse der grossen Konsumentenschichten notwendig wurde.

Man darf nicht nur an den Durchhaltewillen des Konsumenten appellieren. Dieser Wille hängt in erster Linie davon ab, ob der Wille zum Durchhalten in allen Teilen der Wirtschaft ehrlich vorhanden ist. Wo immer und immer wieder durch die Maschen geschlüpft wird, darf dieser Wille nicht als ehrlich vorhanden angenommen werden, und hier hilft eben nur ein Verstopfen sämtlicher Maschen.

Die Eidgenössische Preiskontrollstelle ist über unsere verschiedenen Schreiben an das Kriegs-Industrie- und -Arbeits-Amt orientiert worden, in welchen wir u. a. auf unsere grossen Sorgen in bezug auf die Preispolitik im Sektor Schuhwirtschaft, sowie in bezug auf bessere Lenkung der Produktion im Sinne der Anpassung an die Nachfrage — weniger, aber dafür nur gute Schuhe usw. — hingewiesen haben.

Wir sahen uns schlussendlich genötigt, die Eidgenössische Preiskontrollstelle erneut darauf aufmerksam zu machen, zu welchen Preisen wir unser Eigenfabrikat COOP verkaufen und wieviel teurer wir analoge Artikel — gleiche Machart, gleiche Leder — welche wir von der schweizerischen Schuhindustrie kaufen, bezahlen müssen.

Der Gang der Entwicklung musste beinahe zwangsläufig zum letzten Gang des Kruges an den Brunnen führen, wenn sich die Funktionen der Preiskontrollstelle auch auf dem Schuhmarkte sinngemäss auswirken sollen.

Der Preisstop darf aber nicht so aufgefasst werden, als seien nun zukünftig sämtliche Schuhe nur noch zu Preisen, wie sie vor dem 1. Dezember 1942 Gültigkeit hatten, zu kaufen, bzw. zu verkaufen. Ein solcher Sinn darf dem Preisstop nicht gegeben werden, da er sonst für unsere Branche zu einer untragbaren Belastung werden könnte.

Zur Besprechung der Massnahmen, welche die praktische Durchführung des Preisstops notwendig machen, fanden verschiedene Konferenzen mit den Organen der Eidg. Preiskontrollstelle statt.

Beim Eintreten in die Materie zeigte es sich, dass die beidseitigen Standpunkte (Industrie, Handel) noch sehr weit auseinander gingen (sowohl was den Prozentsatz der dem Preisstop zu unterstellenden Artikel als auch was die Vermengung der Konditionen mit der Preisstopfrage anbelangt), besonders auch deshalb, weil gleichzeitig mit dem Preisstop auf 1. Dezember 1942 der Industrie ein Lederaufschlag angekündigt wurde.

Durch verschiedene Massnahmen soll erreicht werden, dass das Preisniveau, welches die Schuhe vor Erlass des Preisstops erreicht hatten, für die auch weiterhin im Preis gestopten Artikel nicht überschritten werden muss.

Die Preisausgleichskasse für Häute und Leder soll in Zukunft nicht mehr durch Abgabebeträge, die auf eine Reihe von Ledern, welche an die Schuhindustrie geliefert wurden, erhoben wurden, gespiesen werden, sondern an Stelle dieser Abgaben sollen ausgesprochene Mode- und Luxusschuhe mit einem Abgabebetrag belastet werden.

Durch diese Überwälzung der Abgaben an die Preisausgleichskasse für Häute und Leder vom Leder auf Mode- und Luxusschuhe stellen sich die Einstandspreise für Leder um diese Abgaben niedriger, was der Industrie erlauben soll, das heutige Preisniveau speziell der Gebrauchs- und Berufsschuhe zu halten.

Im weitern soll die Sektion für Schuhe, Leder und Kautschuk dafür besorgt sein, dass ein Teil der bisher zu Vache (Bodenleder) verarbeitenden Hälse und Bäuche neu zu Oberleder gegerbt und den Fabrikanten, die schwere Schuhe herstellen, zugeteilt wird. Wenn der Fabrikant dieses Leder wieder zugeteilt erhält, so bedeutet auch dies eine Verminderung der Gestehungskosten und somit der Preise für bestimmte schwere Schuhe.

Ferner muss, wie Sie weiter unten noch sehen, die Konditionenfrage geregelt werden. Dadurch, dass der durchschnittliche Konditionensatz eine Herabsetzung erfahren soll, erfahren auch die Fabrikverkaufspreise eine entsprechende Ermässigung.

Die Lösung der ganzen Preisfrage bedingt weiter, dass die Eidg. Preiskontrollstelle einheitliche Kalkulationsvorschriften erlässt.

Das Qualitätsprinzip soll aber für die Stopartikel unter allen Umständen hochgehalten werden.

Wir haben den Standpunkt vertreten, dass in erster Linie Kinder-, Knaben- und Töchterschuhe, ebenso schwere Schuhe, auch Gebrauchsschuhe für die städtische Bevölkerung, bis gegen 50 % der noch möglichen Produktion in den Preisstop aufgenommen werden.

Es können unmöglich Berufsschuhe, die für gewisse Bevölkerungsschichten, wie Holz- bzw. Waldarbeiter, Landarbeiter etc., dringend notwendig sind, mit dem Ausgleich wie stark modische oder Luxusschuhe belastet werden, was nach der Meinung der Industrie erfolgen sollte.

Die Industrie hat in den ersten Verhandlungen Vorschläge zur Durchführung des Preisstops unterbreitet, welche nicht akzeptiert werden konnten. Sie hat auch den Vorschlag der Eidg. Preiskontrollstelle, sowie auch denjenigen der Schuh-Coop als zu weitgehend abgelehnt.

Es wird nun weiter verhandelt.

Die Regelung der Konditionenfrage ist derart komplexer Natur, dass bis heute eine Verständigung zwischen den verschiedenen Gruppen: Fabrikanten, Grosshandel und Detailhandel, nicht zustandegebracht werden konnte. Bis heute bestand auf diesem Gebiet tatsächlich ein grosses Chaos, und es soll nun festgelegt werden, dass für den Detailhandel der gesamte Warenrabatt aus einem

Leistungsrabatt plus einem
Treuerabatt bestehen soll.

Es ist bei dieser Gelegenheit wichtig, festzuhalten, dass zu Beginn der Diskussionen über die Konditionen die Schuh-Coop von gewisser industrieller Seite aus nur als detailkonditionengenüssig bezeichnet werden sollte. Die Begründung dieser Anregung stand aber auf so schwachen Füssen, dass es uns schlussendlich in einer Aussprache im Vorstand des Schuhindustriellenverbandes gelungen ist, zu erreichen, dass die Schuh-Coop als Grossisten-Firma, d. h. also als grossistenkonditionengenüssig, bezeichnet worden ist.

Zur Wahrung unserer Gesamtinteressen haben wir seinerzeit auch eine Enquête bei unseren Lieferanten durchgeführt, die — mit einer Ausnahme — uns als Grossist anerkannten, und zwar gerade deshalb, weil bei uns, wie bei keiner anderen Organisation in der Schweiz, die Funktionen sich als Grossistenfunktionen auswirken.

Was nun das Geschäftsergebnis anbetrifft, so darf dasselbe wieder als befriedigend bezeichnet werden.

Wir haben auch im Jahre 1942 Vergütungen an die Vereine abfliessen lassen, und zwar:

1. *Fr. 162,547.50* auf das Eigenprodukt Coop, *Fr. 1.50* pro Paar,
2. *Fr. 239,277.20* 3 % Bonus auf die Umsätze aus der Schuh-Coop-Kollektion für die Periode Januar/September 1942, als Preissturzreserve.

Somit total Fr. 401,824.70.

Mit der Totalvergütung im Jahre 1941 von *Fr. 449,362.30* kommen wir immerhin auf die ansehnliche Summe für die beiden letzten Jahre 1941/1942 von *Fr. 851,187.—.*

Vor allem ist an die eines Tages fällige Liquidation der aus kriegswirtschaftlichen Gründen erhöhten Lagerbestände zu denken, ebenso an die Liquidation der aus Neustoffen angefertigten Lagerbestände.

Sobald das Kriegsende sich deutlicher abzeichnet, wird Zurückhaltung der Konsumenten im Einkauf sich einstellen. Trotzdem eine zuverlässige Prognose über die kommende Warenbeschaffung und Preisbewegung schwierig ist, wird nach unserem Dafürhalten das Ziel sein müssen, die Lager nach Möglichkeit, speziell in den Kriegsersatzartikeln, abzubauen. Diese Tendenz hat fernerhin den Zweck, das ohnehin grosse Abschreibungsrisiko anlässlich des Übergangs zur Friedenswirtschaft zu vermindern.

Allerdings sind die Erfahrungen der letzten Nachkriegszeit ganz andere. Gerade nach Kriegsschluss im Jahre 1919 kam der Preisauftrieb. Auch jetzt ist diese Gefahr zu berücksichtigen, da sich auf allen Märkten eine gewaltige Nachfrage einstellen wird.

Der erste Verlust ist bekanntlich der kleinste. Wir werden in dem uns als richtig erscheinenden Zeitpunkt die auf der Genossenschaftlichen Zentralbank auf Depositenbüchlein gutgeschriebenen Beträge den Vereinen soweit notwendig zur Verfügung stellen, jedoch nur unter der Voraussetzung, dass die in Betracht fallenden Artikel, Kriegsersatzware, zu den von uns festgelegten Detailpreisen zur raschen Liquidation auch in Verkauf genommen werden. Dadurch wird es bestimmt möglich sein, nicht nur die Mitglieder selbst, sondern auch die weiteren grossen Konsumentenschichten auf die grossen Vorteile des genossenschaftlichen Schuhwarenhandels aufmerksam zu machen.

Aus der Bilanz per 31. Dezember 1942 ist ersichtlich, dass gegenüber dem Vorjahre und früher die Warenvorräte grösser sind. Wie bereits früher ausgeführt, muss diese Vergrösserung auf folgendes zurückgeführt werden:

Die Sorge um eine den Konsumentenbedürfnissen stets angepasste Assortierung der Verkaufslager und weitere Umstände bedingten in zunehmendem Masse eine frühzeitige Disposition und Hereinnahme der Ware, der Rohware sowohl wie der fertigen Schuhware.

Auch war es im Interesse der Konsumenten ratsam, Schuhwaren, allerdings nur kurante, nicht der Mode unterworfene Artikel, welche noch aus guten Materialien hergestellt werden konnten (z. B. auch Hausschuhe mit Lederhalbsohlen) soweit wie möglich zu kaufen.

Durch die ständige Vorsicht beim Einkauf der Artikel mit Neustoffen können wir erfreulicherweise feststellen, dass Hausschuhe, mit den von uns bestimmten Neustoffen besohlt, sich sehr gut bewährt haben und uns tatsächlich weniger Reklamationen von den Vereinen zugestellt wurden als vor dem Krieg, als diese Artikel mit Ledersohlen versehen waren.

* * *

Für das uns entgegengebrachte Vertrauen und für die Einsicht bei der Erledigung all der grossen Mehrarbeiten danken Verwaltung und Direktion den Vereinsbehörden, Verwaltungen sowie dem zuständigen Personal, ebenso auch dem gesamten Personal der Schuh-Coop, welches zu dem Ergebnis des abgelaufenen Jahres 1942 mit beigetragen hat.

Trotz der zunehmenden Versorgungsschwierigkeiten und der fortschreitenden staatlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben betrachten wir den Ausblick nicht hoffnungslos. Im Gegenteil:

Mit neuem Mut und nie versagender Initiative werden wir an alle die neuen Aufgaben herantreten. In der Überwindung uns entgegentretender Schwierigkeiten muss sich der Wille und die Fähigkeit zeigen, unsere volkswirtschaftliche Mission zu erfüllen.

Die erste Generalversammlung der Patenschaft Co-op

Am 28. März 1942 — anlässlich der Eröffnung der Wanderausstellung «Mehr anbauen oder hungern?» in Basel — wurde die jüngste Zweckgenossenschaft des V. S. K., die Patenschaft Co-op, aus der Taufe gehoben. 165 Kollektiv- und 22 Einzelmitglieder hatten damals ihren Beitritt zu dieser Hilfsinstitution für die notleidende Gebirgsbevölkerung erklärt.

Als am 31. März 1943 Herr Dr. H. Faucherre, Präsident des Verwaltungsrates der Patenschaft Co-op, die rund 40 zur ersten ordentlichen Generalversammlung erschienenen Vertreter der Kollektivmitglieder und Einzelmitglieder begrüsste, konnte er bekanntgeben, dass inzwischen die Zahl der Kollektivmitglieder auf 170 und diejenige der Einzelmitglieder auf 53 gestiegen ist. Dass das natürlich noch keine überragende Zahl darstellt, ist klar, so dass die Propaganda wesentlich gesteigert werden soll. Dazu dient in erster Linie der soeben erschienene, schmucke Jahresbericht, der der Versammlung zur Genehmigung vorlag.

Wenn wir im folgenden einige Einzelheiten bekanntgeben, so kann es sich natürlich nicht um eine Darstellung aller Massnahmen handeln, die ergriffen wurden, um der Bergbevölkerung, wo Not am Mann, zu helfen.

Die Patenschaft Co-op steht den Gemeinden Inner- und Ausserferrera im Bündnerland, Bristen und Golzeren (Uri) und der Gemeinde Habkern im Berner Oberland «zu Gevatter». Verschieden wie die Gegenden, verschieden wie die Menschen, so verschieden sind auch die Massnahmen, die bei den einzelnen «Göttikindern» ergriffen werden mussten. Waren es in Ausserferrera zunächst die Erstellung einer Heutransportanlage (Drahtseil) und in Innerferrera eine Alpentsteinung — die beide ihrerseits vermehrter Viehhaltung dienen — so erforderten die ungünstigen hygienischen Verhältnisse in der Oberländer Gemeinde Habkern die Anstellung einer Gemeindeschwester, deren Kosten zu 50 % von der Patenschaft übernommen wurden.

Die Vermittlung lohnender Heimarbeit stellt in den meisten Gebirgsgegenden eines der dringendsten Erfordernisse dar. Hier gelang es, Pflanzenanzuchttöpfchen aus Maisblättern herstellen zu lassen, die nun bis etwa im Mai des laufenden Jahres von Gärtnern und andern Kulturenbesitzern

erprobt werden sollen, um dann in grösstem Masse in den einzelnen Patenschaftsgemeinden hergestellt zu werden. Gemüsekochkurse bezwecken die Verbesserung der Ernährungsverhältnisse und auch — auf weitere Sicht gesehen — den vermehrten Eigenanbau. Ein Holzbearbeitungskurs zeigte die grosse praktische Begabung, die die Urner Bergbauern für derartige Arbeiten besitzen und liess auch den Gedanken einer neuen Möglichkeit zukünftiger Heimarbeit reifen.

Einen Ausschnitt nur der bisherigen Tätigkeit vermochten wir zu vermitteln, doch spüren wir schon aus diesen wenigen Angaben den lebendigen und zugriffigen Geist, der die ganze Arbeit beherrscht. Die Finanzen der Patenschaft ergeben folgendes Bild:

Einnahmen:

Kollektivmitglieder:		
Anteilscheine	Fr. 17.950.—	
Jahresbeiträge	» 11.410.—	
Einzelmitglieder:		
Anteilscheine	» 375.—	
Jahresbeiträge	» 145.—	
Beiträge à fonds perdu	» 210.—	Fr. 30.090.—

Ausgaben:

Aufwendungen für die Gemeinde Innerferrera	Fr. 1.333.07	
Aufwendungen für die Gemeinde Ausserferrera	» 914.07	
Aufwendungen für Bristen-Golzeren (Gemeinde Silenen)	» 197.05	
Aufwendungen für die Gemeinde Habkern [1])	» 79.46	
Aufwendungen für die Schweiz. Patenschaft für bedrängte Gemeinden, Zürich	» 248.20	Fr. 2.771.85
Aktivsaldo per 31. Dezember 1942:		Fr. 27.318.15

[1]) Hierin sind die Aufwendungen für die Gemeindeschwester noch nicht inbegriffen, da diese erst anfangs 1943 geleistet wurden.

Bei diesen Zahlen ist jedoch zu bedenken, dass der V. S. K. neben der Tatsache, dass die ganze Verwaltungstätigkeit der Patenschaft Co-op von V. S. K.-Angestellten besorgt wird, einen Beitrag von über Fr. 3000.— an die Verwaltungsausgaben geleistet hat.

Die Aufgaben der Zukunft werden sich ungefähr in der gleichen Linie fortbewegen. Die Heimarbeit soll, so weit das möglich ist, ausgedehnt werden, ermöglicht doch gerade sie den Bergbewohnern in lohnender Weise ihre Freizeit auszufüllen. In Aussicht genommen sind ferner eine ganze Reihe der verschiedensten Kurse, die zum Teil eine Hebung der Wirtschaftsmethoden zum Ziele haben, letzten Endes also die Bergbauern in die Lage versetzen sollen, sich selber zu helfen. Wir nennen hier Düngerkurse, Verbesserung der Schafzucht, Spinn- und Webkurse, Holzbearbeitungskurse, ein Schuhmacherkurs und dergleichen mehr. Besondere Aufmerksamkeit wird auch die bereits in die Wege geleitete Güterzusammenlegung in den beiden Bündner Gemeinden erfordern, sind doch dort die Besitzesverhältnisse gegenwärtig derartig, dass von rationeller Wirtschaft keine Rede sein kann. Wenn wir vernehmen, dass in einem der Dörfer 16 Grundbesitzer nicht weniger als 720 Parzellen ihr eigen nennen, so wird uns die Dringlichkeit, hier Abhilfe zu schaffen, klar.

Daneben bedürfen aber noch andere Gemeinden — vornehmlich im Wallis und im Tessin — dringend der Hilfe. Und es ist deshalb wahrscheinlich, dass bis zum Ende dieses Jahres noch neue «Götti-Kinder» zu den bisherigen hinzukommen werden.

Bericht und Rechnung wurden von der Versammlung einstimmig genehmigt und dem Verwaltungsrat Decharge erteilt. Die Revisoren — darunter die Treuhandstelle des V. S. K. — wurden auf eine neue Amtsdauer bestätigt.

Im Anschluss an die Generalversammlung gelangte ein instruktiver Film der «Schweiz. Patenschaft für bedrängte Gemeinden», der die Patenschaft Co-op als Mitglied angeschlossen ist, zur Vorführung. Er zeigte, in welcher Weise in verschiedenen Gebirgsgegenden Hilfe geleistet werden kann und auch tatsächlich geleistet wird.

H. E. M.

Am Verbandstag des V. O. L. G.

vom 4. März in Winterthur, der 640 Personen vereinigte, machte Verbandspräsident Dr. J. Hofmann Ausführungen über die praktische und ideelle Bedeutung des Genossenschaftswesens, die wir mit besonderer Freude auch an dieser Stelle wiedergeben. Herr Dr. Hoffmann führte gemäss der Wiedergabe seiner Ansprache im «Genossenschafter» u. a. aus (Hervorhebungen von uns):

«Wir durften auch im abgelaufenen Jahr vom Genossenschaftsacker eine reiche Ernte einbringen, nicht nur Früchte materieller, sondern auch solche kultureller Natur. Das muss uns dazu anspornen, diesen Acker nicht nur weiter und noch besser zu pflegen, sondern auch hier einen Mehranbau durchzuführen, d. h. für die Ausdehnung und Intensivierung des Genossenschaftswesens zu arbeiten.

Niemand kann sich heute ein sicheres Bild machen von der Wirtschaftsordnung, die uns die Nachkriegszeit bringen wird. Nur eines ist sicher, dass sie anders sein wird als die gegenwärtige. Und weiter kann vorausgesagt werden, dass das Genossenschaftswesen in der kommenden Ordnung einen wichtigen Platz einnehmen wird. Das gilt besonders für einen genossenschaftlichen Staat wie ihn die Schweiz darstellt. Sehr zutreffend sagt daher Prof. Adolf Gasser:

> *«Das Genossenschaftswesen ist für die schweizerische Volkswirtschaft in allerhöchstem Masse lebenswichtig. Wir dürfen geradezu sagen: Je blühender die Genossenschaften sind, als desto gefestigter darf unser eidgenössisches Staatswesen gelten.»*

In der Genossenschaft ist, um mit Schmiedeler zu sprechen, eine Abwehr zu erblicken gegen die gesellschaftszersetzenden Einflüsse des Kapitalismus und gegen die Staatsallmacht, gegen seelenlose Massenorganisation. Dann aber frage ich, muss nicht schon die Tatsache, dass das Genossenschaftswesen den stärksten Tragpfeiler des schweizerischen Bauernstandes darstellt, jeden Bauern verpflichten, sich unter dessen Fahne zu stellen und am Ausbau desselben zu arbeiten?

Das genossenschaftliche Ideengut muss auch bei unsern Mitgliedern noch besser verankert werden. Noch ist die Zahl der Aussenseiter, welche zwar die Früchte genossenschaftlicher Arbeit miternten, in Ermangelung jeden Solidaritätsgefühls aber nicht willens sind, etwas zur Erzeugung derselben beizu-

tragen, gross. Vor allem gilt es auch, die **Jungen** für die genossenschaftliche Sache zu gewinnen. Die Genossenschaft muss dem Plenterwald gleichen, in dem der Zuwachs dem Abgang entspricht, und der so in seinem Aufbau immer dasselbe Bild bietet.

Die Förderung des Genossenschaftswesens ist vor allem ein **Erziehungsproblem**.

Die Genossenschaft ist kein Mechanismus, sondern ein Organismus. Sie funktioniert nicht durch die Eingabe mechanischer Kräfte, sondern durch solche geistig-sittlicher Natur, deren Quelle in der menschlichen Seele liegt und die durch Erziehung zur Entfaltung gebracht werden.

Ich habe vor Jahresfrist ausgeführt, dass unser Verbandsgebiet die besten Ergebnisse aufgewiesen habe in der Getreidelieferung. Heute, wo der Bauer für seine Produkte reissenden Absatz findet, dürfen wir konstatieren, dass unsere Genossenschafter dem Verband die Treue gehalten haben, aus dem Gefühl der Solidarität heraus, im Bewusstsein, dass der Verband die beste Gewähr bietet für eine gerechte Verteilung, und in der Erkenntnis, dass wieder Zeiten kommen werden, in denen der Verband von der Sorge um den Absatz enthebt. Es darf weiter gesagt werden, dass der Schwarzhandel in den Kreisen unserer Genossenschafter keine Wurzeln zu treiben vermochte.

In all dem kommt die sittlich-ethische Kraft zum Ausdruck, die dem Genossenschaftswesen innewohnt. Darum, meine verehrten Genossenschafter, rufe ich Euch auch am 60. Verbandstage zu:

«Pfleget die Genossenschaftsidee!» Sie ist, um das Wort von Prof. Laur zu gebrauchen, die Grundsäule des schweizerischen Bauernstandes, sie ist aber auch das Fundament des Hortes der Freiheit und Unabhängigkeit unseres lieben Vaterlandes, die weiter zu erhalten uns göttliches Gebot sein muss.»

Die genossenschaftliche Produktion und Vermittlung von Setzzwiebeln

Dank der Unterstützung, die der V. S. K. dem Steckzwiebelnanbau schon vor dem Kriege und speziell auch in Zeiten mit Absatzschwierigkeiten angedeihen liess, kann er heute wenigstens einen Teil der inländischen Produktion für seine Vermittlung beanspruchen und die Konsumvereine noch mit bestimmten Mengen beliefern, wie dies auch in diesem Frühjahr wieder der Fall ist.

Die Ausdehnung der Steckzwiebelnkultur im eigenen Lande ist nicht so leicht zu bewerkstelligen, da sich dazu nur ganz bestimmte Gebiete eignen, wie beispielsweise die Gegend von Oensingen, und die Pflanzer genügend Kenntnisse für den Anbau besitzen müssen. Trotzdem wird die Zusammenarbeit des V. S. K. mit der Produktion und namentlich der Steckzwiebelnproduktions- und Verwertungsgenossenschaft Oensingen es ermöglichen, dass für das Frühjahr 1944 Setzzwiebeln wiederum in genügenden Mengen den Konsumvereinen abgegeben werden können.



In jeder Beziehung zweckmässig und vor allem luftig gelagert, werden die jeweils im Herbst von den Produzenten übernommenen Steckzwiebeln im Lager Pratteln überwintert.

Der V. S. K. hat dieses Frühjahr erstmals mit der Steckzwiebeln- und Verwertungsgenossenschaft Oensingen einen Anbauvertrag abgeschlossen, welcher die Produktion seines Vorkriegsumsatzes an Steckzwiebeln sicherstellen wird. Gleichzeitig wurde in Oensingen pachtweise Land übernommen, das von einem dortigen Landwirt nach einem speziellen Fruchtwechsel bebaut und nach einem bestimmten Turnus an Mitglieder der Konsumgenossenschaft Oensingen zur Erzeugung von Steckzwiebeln weitergegeben wird. Diese letztere Massnahme ist als ein Versuch zu werten und könnte, wenn der Erfolg nicht ausbleibt, die Organisation der Steckzwiebelnproduktion, namentlich beim Kleinpflanzer, auf einen ganz andern Boden stellen. Vor allem würde die jetzt noch vielfach übliche alljährliche Bepflanzung ein- und derselben Parzelle mit Steckzwiebeln vermieden, ein zweckmässiger Fruchtwechsel ermöglicht und ein entsprechend grösserer Ertrag pro Flächeneinheit erzielt.

Die Sicherstellung der Steckzwiebelnproduktion wäre aber nicht vollständig, ginge damit nicht Hand in Hand auch die Sicherstellung der Erzeugung von Zwiebelnsamen und selbst Samenträgern, was ebenfalls durch Abschluss entsprechender Anbauverträge geschehen ist. Für Samen sorgen zwei Genfer Landwirte, für Samenträger die Steckzwiebelnproduktions- und Verwertungsgenossenschaft Oensingen. Damit dürften auf dem Sektor Steckzwiebeln alle Massnahmen getroffen sein, die es dem V. S. K. ermöglichen, in der Steckzwiebelnvermittlung an die Konsumvereine vom Ausland ganz unabhängig zu werden.

Neben der direkten Sicherstellung der Steckzwiebelnproduktion wird auf diesem Gebiete dem Versuchswesen noch besondere Beachtung geschenkt. So wurde dem V. S. K. in verdankenswerter Weise die neue Zwiebeln-Züchtung «Selektion Wädenswil» zur Vermehrung zur Verfügung gestellt, von welcher bereits in diesem Jahr auf dem vom V. S. K. betriebenen «Lindenhof» in Pfyn ein Quantum Steckzwiebeln zu Samenträgern herangezogen wird. Gleichzeitig werden noch Versuche für die Produktion von Zwiebelnsamen in Dornach und auf dem ebenfalls vom V. S. K. bewirtschafteten Gute «Ramello» in Cademario angelegt.

Dass beim V. S. K. für zweckmässige Überwinterung der Steckzwiebeln und deren Reinigung im Frühjahr ebenfalls gesorgt ist, geht aus den beigegebenen Bildern hervor.

Auf dem Gebiete der Steckzwiebelnproduktion wird somit eine schon vor Jahren eingeleitete Zusammenarbeit einer Produzenten- mit einer Konsumentenorganisation in Verbindung mit dem Versuchswesen weiter ausgebaut und damit hoffentlich ein weiterer Beitrag an die Landesversorgung geleistet.

F. B.

Jeder Mensch hat einen bestimmten Kreis, in welchem er auf eine unnachahmliche Weise wirken kann, je kleiner sein Reich, desto konzentrierter seine Kraft. *Goethe.*



Nach Passierung einer Windfege kommen die Steckzwiebeln auf ein laufendes Band, wo Arbeiterinnen noch von Hand auslesen, was maschinell nicht zu bewerkstelligen ist. Sauber geputzt gelangen von hier aus die Steckzwiebeln zur Spedition.

Die Seite der Ehemaligen

GENOSSENSCHAFTLICHES SEMINAR, STIFTUNG VON BERNHARD JAEGGI

Liebe Ehemalige!

Heute komme ich auf eine Eurer Spezialschwierigkeiten zu sprechen: wenigstens kommt sie in Euren Briefen in verschiedenen Tonarten immer wieder zum Klingen. Da wird geklagt, es hätte gar keinen Sinn, mit Interesse und gar noch mit Verantwortungsbewusstsein zu arbeiten. Ihr hättet ja doch nichts zu sagen; wenn man einen Vorschlag bringe, dann werde man doch einfach «abgeschnauzt».

Dazu kann ich jeweilen nichts sagen, denn ich habe nicht gehört, wie Ihr Eure Sache vorgebracht habt, und ich habe auch das «Abschnauzen» nicht gehört. Aber das folgende möchte ich dazu sagen.

Lasst Euch nicht davon abschrecken — durch niemanden und durch nichts — mit Interesse und Verantwortungsbewusstsein zu arbeiten, aber hütet Euch vor dem Dünkel, d. h. vor der Überschätzung Eurer Wichtigkeit. Wenn Ihr seht, oder zu sehen glaubt, dass eine Verbesserung nötig oder nützlich wäre, dann überlegt diese Sache gründlich nach allen Seiten, erwägt alle Für und alle Wider, und wenn die Für überwiegen, dann prüft dieses Plus noch extra. Und dann wartet einen günstigen Moment ab, d. h. einen Zeitpunkt, wo der oder die Vorgesetzte nicht im ärgsten Strudel drinsteht, und bevor Ihr zum oder zur Vorgesetzten geht, überlegt gut, w i e Ihr Eure Sache vorbringen wollt; seid darauf bedacht, dass Ihr nicht zu weitschweifig, nicht zu umständlich redet, aber setzt auch nicht voraus, dass der Vorgesetzte schon wisse, wieso Ihr auf diesen Gedanken gekommen seid und dass Ihr Euch die Sache gründlich überlegt habt. Redet so sachlich (objektiv!) wie möglich; die S a c h e muss nämlich überzeugen, nicht Ihr! Redet aber nicht so, als ob der ganze Betrieb auf Eure Intelligenz gewartet hätte!

Wenn Ihr Temperamentsausbrüche zu befürchten habt, so geht nur dann «in die Grube des Löwen», wenn Ihr selber ruhig und vor allem Eurer guten Sache sicher seid. Macht Euch zum voraus darauf gefasst, dass Eurem Vorschlag ein Nein entgegengesetzt wird. Damit will ich nicht gesagt haben, Ihr sollet Eure Sache schon zum voraus aufgeben, sondern ich möchte nur verhüten, dass Ihr mit vor Begeisterung glänzendem Gesicht Eure Sache vorbringt, zum voraus schon schwelgend im Lob über Eure Initiative, Euer Interesse an Arbeit und Geschäft, Eure besondere Intelligenz usw. Das alles müsst Ihr vorher abschreiben; dann erst ist es Euch möglich, die S a c h e zu vertreten, nicht Eure liebe Eitelkeit und Euren persönlichen Ehrgeiz. Und wenn es Euch dann nicht mehr der Mühe wert scheint, dann lasst es ruhig bleiben. —

Natürlich müsst Ihr auf Einwände gefasst sein. Wenn Ihr Euch Eure Sache richtig überlegt habt, dann werdet Ihr sie auch ins rechte Licht setzen können. Vermeidet dabei aber jeden Schein von Rechthaberei und von Besser-wissen-wollen. Seht Ihr, dass sich der oder die Vorgesetzte nicht gleich mit dem neuen Gedanken befreunden kann, dann sagt höflich, Ihr hättet diese Idee einmal vorlegen wollen: vielleicht nehme sich der oder die Vorgesetzte die Mühe, den Vorschlag zu prüfen. Je mehr Ihr Euch von persönlichem Ehrgeiz freigemacht habt, desto besser wird es Euch gelingen, Euch angenehm und taktvoll zu verhalten.

Auf meinen letzten Brief sind bereits einige zustimmende Antworten eingetroffen. Es würde mich wirklich freuen, wenn Ihr aus diesen Ratschlägen Nutzen ziehen könntet. Aber hoffentlich geratet Ihr nicht gerade bei der ersten «Probe» an allzu routinierte Vorgesetzte, die einfach auf jeden Vorschlag die Antwort bereit haben: «Jetzt hämmer's 20 Johr so gmacht, und so wird's au wyters gmacht — verstande!» — In diesem Fall nehmt einen Mumpfel (Mundvoll!) Schoki (so Ihr habt): das beruhigt das Gemüt!

Freundliche Grüsse!

Liny Eckert.

Wie einst die Edelleute und die bäuerlichen Genossenschafter, so müssen heute die Männer der freien Wirtschaft und die Konsumgenossenschafter zum brüderlichen Bund zusammentreten, einander die Bundhand reichen. Keiner darf den andern vom Rütli wegweisen wollen. Wenn speziell die Genossenschaften die Förderung des freigenössischen Wesens im Produktionsbereich mit aller Entschiedenheit in ihre Ideale und praktischen Zielsetzungen einbeziehen würden, könnte sehr rasch sehr Entscheidendes zur genössischen Festigung des eidgenössischen Wesens in unserer Volkswirtschaft erreicht werden.

Dr. Roman Boos

Aus der Praxis

Untreue schlägt den eigenen Herrn

Nach den Verbandsstatuten sind die Verbandsvereine verpflichtet, ihren Bedarf beim V. S. K. oder dessen Lieferanten zu decken. Im allgemeinen wird diese Verpflichtung eingehalten. In den Kriegszeiten ist leider zu konstatieren, dass sich verschiedene Verbandsvereine nicht mehr an diese Vorschrift halten, sondern in einem ungestillten Warenhunger sich von redegewandten Reisenden, von denen niemand weiss, wer hinter ihnen steckt, Ersatzprodukte aller Art, auch mindester Qualität aufschwatzen lassen. Nach einiger Zeit zeigt es sich dann, dass diese Ersatzprodukte nicht nur minderwertig, sondern überhaupt wertlos sind, von den Konsumenten, die auf den Leim gekrochen sind, zurückgebracht werden. Es entstehen dann zwischen den geschädigten Verbandsvereinen resp. deren leichtgläubiger Verwaltung und der Lieferantin Differenzen, die dann die Rechtsabteilung des übergangenen V. S. K. ausfechten soll.

Trotz der Verletzung der Bezugspflicht versucht die Rechtsabteilung des V. S. K. auch in solchen Fällen den Verbandsvereinen zu helfen, jedoch nicht immer erfolgreich. Sie sieht sich jedoch veranlasst, die Verbandsvereine zu warnen, dass sie bei keiner Firma, die nicht Verbandslieferantin ist oder nicht vom Verbande empfohlen ist, Bestellungen aufgeben, speziell nicht unbekannte Qualitäten von unbeschreiblichen Ersatzartikeln kaufen. Die Verwaltungen von Konsumvereinen sollen darauf bedacht sein, dass sie genossenschaftliches und nicht eigenes Geld verwalten, und dass sie kein Recht haben, die Genossenschaft dadurch zu schädigen, dass sie in kindischer Leichtgläubigkeit bei irgend einer der wie Pilze aus dem Boden schiessenden Fabrikationsfirmen von Ersatzprodukten Bestellungen aufgeben.

Wie man eine Rede hält

Auch und besonders in der Genossenschaftsbewegung werden viele Reden gehalten. Ob richtig und mit Erfolg, das mögen jene beurteilen, die das Vergnügen und die Pflicht haben, sie anzuhören. Jedenfalls ist es nicht für alle leicht, eine g u t e R e d e zu halten. Denen, die bereit sind, auch in dieser Beziehung noch etwas hinzuzulernen und sich gewisse leichtfassliche und praktische Regeln anzueignen, kommen die «Richtlinien für Reden, Vorträge und Debatten» von Dr. Hans Küry in der Broschüre «Wie man eine Rede hält» (Emil Oesch-Verlag) nützlich zu Hilfe. Wer die im folgenden wiedergegebenen Ausschnitte beachtet, hat zweifellos gut geredet. Wer noch tiefer in diese für die Demokratie und die demokratischen Organisationen wichtige Kunst eindringen will, der beschaffe sich die Broschüre bei den «Bücherfreunden» Basel.

Wer ist ein Redner?

Zu einem Redner gehören drei Dinge: nämlich erstens, dass er überhaupt etwas zu sagen hat, zweitens, dass er sein Publikum kennt und zu gewinnen versteht, und drittens, dass er die sprachlichen Mittel der Rede beherrscht.

Für den Redner ist das Publikum der Ton, aus dem er — wie ein Bildhauer — etwas Neues formt. Der wahre Redner will aus seinem Publikum etwas machen. Er denkt: Ihr seid gleichgültig, aber ich will euch begeistern. Ihr seid traurig, aber ich will euch aufrichten. Ihr seid in einem Irrtum befangen, ich will euch daraus zurückholen.

Wenn Sie sich zu einer Rede anschicken, dann fragen Sie sich immer: w a s w i l l i c h b e i m e i n e m P u b l i k u m e r r e i c h e n ?

Gerade von Gegnern kann man oft am meisten lernen. Wer immer nur liest und hört, was ihm selber in den Kram passt, der verdummt unweigerlich. Die Angriffe oder Behauptungen der Gegner aber zwingen einen zum Nachdenken, zur Berichtigung und Klärung des eigenen Standpunktes.

Fragen Sie sich also bei jeder Rede, die Sie halten wollen: Welchen Gedanken will ich ausdrücken? Können Sie es nicht in einem einzigen Satz sagen, so sind Sie auf dem Holzweg.

«E i n e R e d e i s t k e i n e S c h r e i b e», sagte einst Friedrich Theodor Vischer. Sprechen Sie jeden Satz Ihrer Rede, bevor sie ihn niederschreiben. Nur dann erhalten Sie einfache, klangvolle und wirklich rednerische Sätze.

Ein Vortrag ist langweilig, wenn er ein abgelesener Aufsatz ist mit einer Fülle von Material und Angaben. Er ist kurzweilig, wenn ich einen einzigen wichtigen Gedanken ausspreche, ihn abgrenze von anderen Ansichten, ihn allmählich herausschäle aus dem lebhaften Für und Wider der Meinungen und ihn schliesslich in seiner Wichtigkeit für jeden einzelnen meiner Zuhörer darstelle.

Für die Sprache des Redners gelten im allgemeinen dieselben Gesetze wie für einen guten Stil überhaupt. Die wichtigsten will ich ganz kurz aufzählen:

1. Alles vermeiden, was nach Geschäfts- oder Kanzleisprache riecht, also Ausdrücke wie zum Beispiel «anfordern, bis anhin, schlussendlich, Verumständung, Erhalt» usw. Eine vollständige Liste solcher Missgeburten müsste Seiten füllen. Daneben gibt es typische Rednerphrasen, die es sorgfältig zu meiden gilt. Wie gespreizt nimmt sich die abgedroschene Einleitung aus: «Wenn ich heute Abend das Wort ergreife, so geschieht es, um ...» Oder wie selbstgefällig tönt die folgende Rednerblüte: «Ich kann nicht umhin zu bemerken, dass ...» Ganz zu schweigen von der überflüssigen, breitspurigen Ankündigung: «Und nun, meine Damen und Herren, eile ich zum Schlusse». Langweiliger Vereinsmeierton kennzeichnet die folgenden Wendungen: «ein Kränzchen winden»; «doch nun soll die tanzfreudige Jugend zu ihrem Rechte kommen»; «in dieser vorgerückten Stunde» usw. I m m e r w ä h l e r i s c h s e i n ! A l l e m A b g e d r o s c h e n e n, K l i s c h e e h a f t e n a u s d e m W e g e g e h e n ! D a n n w i r k t e i n e R e d e w i e v o n s e l b e r f r i s c h.
2. Knappheit im Ausdruck. Breite und Abschweifung beeinträchtigen die Wirkung.
3. Eines nach dem andern sagen. Die Sätze nicht vollstopfen.
4. Das Verb dem Hauptwort vorziehen.
   Lesen Sie zum Beispiel laut den folgenden Satz: «Die Einbringung dieser Vorlage im jetzigen Moment beweist eine Verkennung des Gebotes der Stunde.» Wie mamuthaft wirkt hier die Häufung von Hauptwörtern! Wieviel markanter klingt die Fassung: «Nur wer das

Gebot der Stunde verkennt, kann eine solche Vorlage einbringen.»

5. Möglichst wenig Passivformen. Also anstatt: «Es wird uns gemeldet» besser: «man meldet uns».
6. Anschaulichkeit der Sprache! Keine Bildervermischung! Keine schwerverständlichen abstrakten Begriffe!
7. Personifizieren! Das heisst, Totes darstellen, als ob es lebe. Schon wenn man von den Jahren sagt, dass sie «kommen und gehen», ist das im Grunde eine Personifikation. Ein temperamentvoller Redner kann aber darüber hinaus von ihren Antlitzen reden, die bald froh, bald traurig sind, er kann von Jahren sprechen, die laut und singend dahertanzen, und von anderen, die leise und versonnen einhergehen, und schliesslich von Jahren, die sich mühsam daherschleppen. Das ist Verlebendigung eines toten Begriffes. So kann ich in einer Huldigungsrede die Werke eines Mannes als seine Kinder darstellen, die eines nach dem andern daherkommen, und kann die besondere Schönheit eines jeden schildern. Es gibt nichts, das ein guter Redner auf diese oder ähnliche Weise nicht zum Leben wecken könnte. Man muss bloss gute Redner, Dichter oder Schriftsteller beim Werke beobachten, um sich in dieser Kunst zu fördern.
8. Das einfache Wort dem komplizierten vorziehen.
9. Auf klangliche Schönheit und Fluss der Sprache achten.
10. Das treffende Wort anwenden.

Wie man wirksam vorträgt.

Ein guter Redner redet frei. Wenn man frei redet, soll man mit möglichst einfachen Sätzen beginnen und ruhig eines nach dem anderen sagen, wie man es ja schliesslich auch im gewöhnlichen Gespräch tut. Von selber gerät man dann mit der Steigerung der Rede in einen lebhafteren Stil hinein.

Etwas Ähnliches gilt für die Stimme. Nur nicht glauben, beim Halten einer Rede müsse man seine gewönliche Stimme ändern. Reden heisst nicht kreischen oder schreien, es heisst auch nicht salbungsvoll predigen, sondern reden mit seiner eigenen Alltagsstimme.

Aber verstehen dann die Zuhörer? Es ist ja selbstverständlich, dass ich in einem sehr grossen Saal oder auf einem freien Platz meine Stimme erheben muss. Ich rede einfach zu der hintersten Zuhörerreihe — wenn mich die versteht, dann müssen mich alle verstehen.

Nun kommt es aber zur Deutlichkeit beim Sprechen am wenigsten auf die Lautstärke an. Viel wichtiger ist die Deutlichkeit der Aussprache. Um sie zu erreichen, merken Sie sich folgende Regel: Sprechen Sie bei jedem Wort den letzten Laut so deutlich als möglich aus. Eine Rede wird undeutlich, wenn ich die Endlaute verschlucke oder in den Anfang des folgenden Wortes hineinziehe.

Wichtiger noch als die korrekte Aussprache aber ist die sinnvolle Betonung, das Hervorheben des Wichtigen, das Gliedern, das Erwecken der Spannung. Ein guter Redner bringt mit seiner Betonung unglaublich viel zustande.

Dabei kommt es vor allem darauf an, sich immer klar und lebhaft vorzustellen, was man sagt, und mit dem Publikum zu sprechen, wie mit einem einzelnen Menschen, den man vor sich hat. Man muss mit Nachdruck reden, muss Kunstpausen einschalten, muss die Stimme geheimnisvoll senken und dann wieder zu schneidender Schärfe erheben. Nie einfach neutral sprechen, immer gestalten, immer etwas ausdrücken wollen.

Wie muss eine Rede beschaffen sein, damit sie Macht über die Gemüter hat?

1. Reden Sie kurz!
2. Reden Sie in einer Rede nur über eine einzige Sache!
3. Fangen Sie mit Ihrem Publikum etwas an: Begeistern Sie es! Rütteln Sie es auf oder unterhalten Sie es!
4. Bauen Sie Ihre Rede wirksam auf: Gewinnung des Wohlwollens, Angabe des Tatbestandes, Aufwerfen des Problems, Abwägen des Für und Wider in einer steigernden Reihenfolge, Zusammenfassung, Aufzeigen der Tragweite der Lösung, Aufforderung, die Folgerung zu ziehen.
5. Treten Sie unbefangen auf!
6. Achten Sie auf deutliche Aussprache der Endlaute der Wörter!
7. Richten Sie sich an die hinterste Zuhörerreihe!
8. Sprechen Sie mit dem Publikum lebhaft, nachdrücklich!
9. Reden Sie frei!
10. Merken Sie sich immer den Schluss Ihrer Rede!

Mehr anbauen oder hungern?

MEHRANBAU-AKTION DES VSK UND DER KONSUMGENOSSENSCHAFTEN

Die Ausstellung in Lausanne

Nachdem im vergangenen Jahre die Ausstellung «Mehr anbauen oder hungern?» lediglich in acht deutschschweizerischen Orten sowie in Lugano gezeigt worden war, ist sie nun zunächst nach Genf übergesiedelt, wo sie — wie an allen früheren Ausstellungsorten — ebenfalls einen grossen Erfolg zu verzeichnen hatte. Mehr als 15.000 Besucher liessen dort die Ausstellung auf sich wirken, und die Lokalpresse war des Lobes voll über die Wanderschau des V. S. K.

Freitag, den 26. März 1943, fanden sich neben der Presse, die am Vormittag schon besonders empfangen worden war, eine ganze Reihe von Persönlichkeiten im «Comptoir Suisse» in Lausanne ein, um der offiziellen Eröffnung beizuwohnen.

Der Kanton Waadt war vertreten durch die Herren Staatsräte Porchet, Fischer und Rubattel, von der Gemeinde Lausanne waren zugegen die Herren Ammann, von der Aa und Dr. Messerli. Daneben waren Vertreter des Bundesgerichtes, des Kantonsgerichtes, verschiedener eidgenössischer und besonders kantonaler Organisationen, Amtsstellen und Institutionen anwesend.

Als erster war es Herr Staatsrat Porchet, der der ganzen Genossenschaftsbewegung dankte für die wichtige Aufgabe, die sie im Dienste des Mehranbaus in grosszügiger Weise übernommen hat. Er wies auf die besonderen Bemühungen hin, die auch der Kanton Waadt in dieser umfassenden nationalen Aktion auf sich genommen hat. Die jüngste Vergangenheit hat uns auf dem Gebiete des Mehranbaus Erfolge nicht vorenthalten, doch sind weitere grosse Anstrengungen erforderlich, wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, im kommenden Winter vor dem «Nichts» zu stehen.

Namens der Gemeinde Lausanne beglückwünschte Herr Stadtrat Amann die Genossenschaftsbewegung für ihre erfreuliche Initiative im Dienste des Mehranbaus, indem er seinerseits ebenfalls darauf hinwies, dass auch die Gemeinde Lausanne das Menschenmögliche unternommen habe, um in ihrem Gebiet den Mehranbau zu fördern und jeden Quadratmeter Bodens auszunützen.

Schliesslich ergriff noch Herr Maire, Präsident der Direktion des V. S. K., das Wort, um allen denen, die in irgendwelcher Weise am Zustandekommen der Ausstellung beteiligt waren, im Namen des V. S. K. seinen Dank abzustatten. Er wies besonders auch darauf hin, dass auf dem Wege des vermehrten Anbaus auch das gegenseitige «Sich-kennen-lernen» zwischen Stadt und Land gefördert werden könne und dass die Stadt dem Lande gegenüber sich in einer grossen Dankesschuld befinde für all die Anstrengungen, die der Bauer auch für den Städter mit übernommen habe.

Im Anschluss an diese Begrüssungsansprachen erfolgte unter kundiger Führung ein Gang durch die Ausstellung. Hoffen wir, dass auch in Lausanne die Wanderausstellung und ihre Forderungen verstanden und gewürdigt werden!

M.

Konsumgenossenschaftlicher Frauenbund

Die Frauenkreisversammlung in Gränichen

Am 14. März 1943 kamen im «Gasthaus zum Bad» im schön gelegenen Gränichen aus den zehn konsumgenossenschaftlichen Frauenvereinen der nordwestlichen Schweiz 142 Genossenschafterinnen zu gemeinsamer Tagung zusammen. Mag der prächtige Frühlingstag auch sein Teil zu diesem schönen Besuch beigetragen haben, so war es doch in der Hauptsache das Interesse an der gemeinsamen Arbeit für die Genossenschaft, die Aussicht auf Erfahrungsaustausch und Entgegennahme neuer Anregungen und nicht zuletzt auf den angesagten Vortrag über den Mehranbau.

Nach einem freundlichen Empfang und Begrüssung durch die Präsidentin des Frauenvereins Gränichen, Frau Köbeli, sowie einer Vertreterin des Büros des K. F. S., Frau Bertschi aus Aarau, überraschte der Männerchor Gränichen mit zwei schönen, für den Rahmen der Veranstaltung sinnvoll ausgewählten Liedern.

Durch das Protokoll der letztjährigen Tagung in Rupperswil wurde Kontakt geschaffen von der früheren mit der gegenwärtigen und zukünftigen Arbeit.

Das Referat über den Mehranbau hielt Herr E. Ensner.

Er schilderte die Ernährungslage, wie sie durch das Andauern und die Ausweitung des Krieges sich ergeben hat, woraus hervorging, dass wir fast völlig auf Selbstversorgung angewiesen sind. Er gab auch ein Bild der im letzten Jahr erfüllten Aufgaben im Mehranbau. Aus den Ausführungen des Referenten, wie aus dem nachfolgenden Film liessen sich sehr beachtliche Leistungen feststellen. An diesen Leistungen haben die Konsumgenossenschaften, mit einer grossen Beteiligung auch der Genossenschafterinnen, grossen Anteil. Wie vorsorglich Dr. Wahlen die Mehranbauaktion eingeleitet hat, zeigte eine in Zirkulation gesetzte Tabelle über Katastererhebungen, wo in 3300 Gemeinden jedes einzelne Grundstück auf seine Anbaueignung und Ertragsmöglichkeit untersucht wurde, was dann für die Durchführung des «Wahlen-Planes» von sehr grossem Vorteil war.

Gereichen die Leistungen im Mehranbau der letzten Jahre unserm Volke zur grossen Ehre, so

sind die Aufgaben nun derart gewachsen, dass sehr grosse zusätzliche Arbeit geleistet werden muss. Dies wird den Zuhörerinnen durch ernährungswissenschaftliche Feststellungen besonders klar gemacht. In führenden Kreisen der Landwirtschaft rechnet man heute die Konsumgenossenschaften zu den positiven Faktoren. Nebst der direkten Hilfe bei Bauern sprechen dafür eben auch die vielen urbarisierten Gelände. Hier hat die Coop-Patenschaft sich ebenfalls glänzend bewährt.

Hat der Referent die neuen, erhöhten Aufgaben für die Ernährung des Schweizervolkes und zusätzlich für fremde Not scharf und deutlich vor den anwesenden Genossenschafterinnen umrissen, so konnte er auch die Gewissheit mit sich nehmen, dass seine Worte mit der lebendigen Tat gekrönt sein werden. Wenn die Frauen die Situation klar erkennen, so sind sie meist auch bereit, mit ihrem praktischen Sinn da anzugreifen, wo es nottut. Und wenn es gilt, das Fundament für eine Ordnung zu schaffen, in der es für alle wohnlicher sein wird, wie der Vortragende verhiess, so wollen die Genossenschafterinnen bestimmt gerne ihr Teil beitragen, geht es doch um ihre Nachkommenschaft.

Wie eifrig die Vereine überall am Werk sind, der Allgemeinheit zu dienen, das ging aus den verschiedenen Berichten hervor. Die Bestrebungen sind auf allen Gebieten lebendig, auf wirtschaftlichem, hauswirtschaftlichem, sozialem, kulturellem, erzieherischem Gebiete und in ganz grossem Maße und allgemein gleich eifrig im Mehranbau und der Konservierung der Landesprodukte, sowie in der Bäuerinnenhilfe. Besonders rührend und erhebend lauteten die Berichte der kleineren und jüngsten Frauenvereine.

Fördernd über allem und immer neu anregend, stehen das Büro und die Instanzen des Konsumgenossenschaftlichen Frauenbundes der Schweiz, wofür ein Bericht Zeugnis ablegte. Der Frauenbund vertritt ausserdem die Interessen der Konsumenten bei den massgebenden Behörden.

Die eindrucksvolle Tagung wurde durch das «Frauenchörli» Aarau ebenfalls verschönt. Und zu guter Letzt: Der Gränicher Konsumverein brachte es nicht über sich, die auswärtigen Gäste mit hungrigem Magen zu verabschieden. So kamen auch die Einheimischen zu einem herrlich mundenden Zvieri; schliesslich tat auch ihnen eine kleine Anerkennung gut!

Mit neuem Ansporn und in guter Arbeitskameradschaft trennte man sich, um bis zur nächsten Zusammenkunft in edlem Wetteifer weiter zu arbeiten und nach Möglichkeit die erhöhten Pflichten zu erfüllen.

m. d.

In Nr. 52 des K. F. S.-Mitteilungsblattes

wird über die Frauenkreisversammlungen berichtet. Eine Vereinspräsidentin spricht sich über ihre Schwierigkeiten aus, während ihr eine andere mit ermunternden Worten entgegnet. Berichte aus zwei Sektionen zeigen, wie die genossenschaftlich organisierten Frauen es verstehen, auch grössere Aufgaben an die Hand zu nehmen und interessante Veranstaltungen durchzuführen. Im welschen Teil wird die französische genossenschaftliche Kinderzeitung «L'Ecureuil» empfohlen. Gr.

Im Mittelpunkt aller genossenschaftlichen Aufgaben steht heute die Zähmung des Geldes. Dagegen, dass Geldsummen als solche Macht verleihen können, sträubt sich alles im Menschen. In dieser Auflehnung sind wiederum alle — wie einst Edelleute, freie Bauern und Hörige in der Urschweiz — solidarisch: Mit dem gewissenhaften Arbeiter der Bauer, der unter Zinsknechtschaft stöhnt, und der tüchtige Unternehmer, der von Geldmächten abhängig ist, die stärker sind als sein bester Wille, aber nichts von dem verstehen, worauf sein Schaffen zielt. Die schaffende Hand und der gestaltende Geist, sie sind menschlich im Bunde gegen die Unmenschlichkeiten der abstrakten Geldmächte. *Dr. Roman Boos*

Ein Ereignis in der schwedischen Geschichte und was es für uns heute zu bedeuten hat

Wir Schweizer haben mehr oder weniger eine dunkle Ahnung, dass uns die skandinavischen Völker irgendwie nahe stehen, näher wohl als die übrigen Völker auf dem Kontinent. Ähnliche oder gemeinsame Züge mögen in verschiedenen Gebieten zu finden sein: in der geschichtlichen Entwicklung, in der Gesellschaftsordnung, in der inneren Einstellung, in der geistigen Selbständigkeit wie im Freiheitswillen des einzelnen.

Rechtsanschauungen haben sich ebenfalls tief verwurzelt und ungestört durch Jahrhunderte entwickeln können. Es ist dadurch ein gesundes Vertrauen in die eigene Kraft, aber auch ein Stolz auf Freiheit und Unabhängigkeit entstanden.

In einem Vortrag zu Basel erzählte jüngst P. D. Dr. Adolf Gasser von einem dramatischen Ereignis im 15. Jahrhundert, das von besonderer Bedeutung gewesen ist und sich bis zum heutigen Tag noch günstig ausgewirkt hat.

Damals standen die vier skandinavischen Völker unter demselben König. Ein wirklich grosses Reich war da unter einer Krone vereinigt. So ist es eigentlich nicht verwunderlich, dass die Machtfülle dem König etwas in den Kopf stieg. Er glaubte, die angestammten Rechte der Landbewohner Schwedens nicht achten zu müssen. Darob ergrimmten diese. Ihr Abgesandter und Vertrauensmann trat vor den König und sagte ihm ungefähr folgendes:

«König, wir dulden es nicht, dass unsere alten Rechte angetastet werden. Du sollst sie respektieren. Tust Du das nicht, dann werden wir uns selbst helfen.» Der Bauernvertreter wagte es, dem König zu drohen und gar nicht sanft. Er sprach nicht von Gehorsamsverweigerung, nicht von Absetzung oder Verbannung, nein: er führte eine weit kräftigere Sprache. Er sagte: «König, wenn Du nicht willst, wie wir wollen, so schlagen wir dich tot!»

Wir sehen — auch in früheren Zeiten ist die Sprache ziemlich rauh gewesen... Aber selten mag sie vor einem Mächtigen der Welt so gehalten worden sein. Männerstolz vor Königsthronen ist in der Geschichte nicht oft zu finden.

Was geschah hierauf? Der König gab nach, wenigstens für den Augenblick. Aber bald setzte er sich wiederum über die Rechte der Landbewohner hinweg. Er glaubte, allein darüber bestimmen zu können, was Recht sei oder nicht und verwechselte Willkür mit Recht. Der Bauernvertreter ging zum zweiten Mal an den Königshof, um sich zu beschweren. Er wurde aber übel aufgenommen und kehrte unverrichteter Dinge nach Hause zurück.

Die Landleute von Schweden ahnten die grosse Gefahr, die ihren Rechten und Freiheiten drohte. Sie erhoben sich und verjagten die Vögte, die Regierungs-Amtmänner. Seither

Bildungs- und Propagandawesen

Jeunesse Co-op — Genossenschaftliche Jugendzeitung

Das zweisprachige Organ der «Genossenschaftlichen Jugendbewegung der Schweiz» ist in gewohnter Aufmachung auch im Monat März wiederum erschienen. Der französisch geschriebene Teil bewegt sich auf gewohnt erfreulichem Niveau, während durch die Spalten des deutsch geschriebenen Teils ein neuer Wind zu wehen scheint. Wir dürfen gestehen, dass die neue Nummer gewonnen hat und möchten den deutschschweizerischen Sektor ermuntern, in dieser Richtung weiterzufahren. — Jeder Genossenschafter, der mit der jungen Generation Kontakt halten will, sollte selbst die Zeitung zur Hand nehmen, — was wir allen dringend empfehlen möchten. m.

Bewegung des Auslandes

Finnland. Genossenschafter als Minister in der neu gebildeten Regierung Linkomies. Der neuen finnischen Regierung Linkomies gehören drei Genossenschafter als Mitglieder an, nämlich Väinö Tanner, Finanzminister, Uuno K. Takki, Handelsminister, und Jalo Aura, zweiter Volksversorgungsminister. Alle drei bekleiden leitende Posten innerhalb der jüngeren der beiden finnischen Konsumgenossenschaftsbewegungen. h.

Italien. Die Ente Italiano Cooperativo Approvvigionamenti im Jahre 1942. Ente Italiano Cooperativo Approvvigionamenti (E. I. C. A.), die Grosseinkaufsgesellschaft der italienischen Konsumvereine, kann für das Jahr 1942 über eine bemerkenswerte Erhöhung des Umsatzes berichten. Der Warenverkauf erreichte nämlich in diesem Jahre L. 403.810.000, währenddem er 1941 noch erst L. 252.440.000 betragen hatte. Die Zahl der Konsumvereine, die von E. I. C. A. beliefert werden, beläuft sich auf 2400. Ausser dem Grosshandel betreibt E. I. C. A. in Mailand den Kleinverkauf, und zwar in insgesamt 45 Verkaufsstellen. Der Umsatz auf diesem Gebiete ihrer Tätigkeit erreichte 1942 L. 34.854.000.

Ungarn. Führende ungarische Genossenschafter zu Mitgliedern des Oberhauses ernannt. Der ungarische Reichsverweser hat die folgenden führenden Genossenschafter Ungarns zu Mitgliedern des Oberhauses ernannt: Dr. Béla von Daranyi, Eduard Korparich, Dr. Géza Kuthy und Dr. Friedrich Wünscher.

Dr. Daranyi wurde vor 12 Jahren in die Leitung der Futura, Warenverkehrsaktiengesellschaft der Ungarländischen Genossenschaftszentralen berufen, der er heute als Generaldirektor-Vizepräsident vorsteht.

E. Korparich betätigte sich in Siebenbürgen als praktischer Landwirt und ist heute Präsident der auf dem rückgegliederten Gebiete Siebenbürgens bestehenden Zentrale der Hangya-Genossenschaften.

Dr. Kuthy, der von Beruf Advokat ist, leitet die in Nordungarn auf ehemals tschechischem Gebiete bestehende — vor dem ersten Weltkrieg der Hangya angehörende — Genossenschaftszentrale «Hanza».

Dr. Wünscher zählt zu den bedeutendsten Genossenschaftsführern Ungarns. Nach Beendigung seiner Studien stand er kurze Zeit im Dienste der Hangya und übernahm später die Leitung des Ungarischen Telegraphen-Korrespondenzbureaus. Die Weltwirtschaftskrise führte ihn wiederum zur Hangya, die er reorganisierte und wesentlich ausbaute. m.

— Die Hangya im Jahre 1942. Die Hangya-Genossenschaftszentrale in Ungarn weist für 1942 u. a. Ergebnisse — laut Bilanz — aus (in Pengö):

	1942	1941
Geschäftsanteilkapital	24.047.000	20.069.000
Warenumsatz:		
1. im Konsumgeschäftszweig . .	291.625.000	230.365.000
2. im Verwertungsgeschäftszweig	157.398.000	129.134.000

Der Hangya gehörten Ende 1942 1972 Genossenschaften mit insgesamt 4175 Verteilstellen an. Für das Jahr 1942 wird bei einem Reingewinn von 1,8 Millionen Pengö eine Dividende von 5 % in Aussicht genommen.

Soziale Arbeit

Freiwilligkeit zur Fürsorge

* Sie ist noch wach, erfreulich wach in unserm Schweizerlande. Davon zeugt der soeben erschienene Jahresbericht der Schweiz. Vereinigung Pro Infirmis. In wenigen Worten legt er Rechenschaft ab über die Verwendung der Kartenspende: rund 160 Anstalten und Werkstätten, sowie über 100 Fürsorgevereine und -stellen wurden daraus bedacht. Zudem ermöglichte die Kartenspende Beiträge von Fr. 120,000.— an solche besonderen Hilfsmassnahmen für Gebrechliche, die aus lokalen Mitteln allein nicht hätten durchgeführt werden können. Dank der freiwilligen Hilfe des Schweizervolkes konnte auch die Arbeit der Fürsorgestellen Pro Infirmis in den Kantonen geleistet werden, die sich 1942 über 4300 Schützlingen annahmen: Frühzeitige, sachkundige und konsequente Hilfe ermöglicht bei der Grosszahl Gebrechlicher die Einordnung ins Gemeinschafts- und Wirtschaftsleben.

Die Bundessubvention (2 bis 6 Rappen pro Zöglingsverpflegungstag) kam rund 200 Anstalten zugut. Bis weitere sozialpolitische Massnahmen einen Teil der privaten Gebrechlichenhilfe überflüssig machen, zählt die Schweiz. Vereinigung Pro Infirmis unerschütterlich auf die bis anhin trotz aller Schwierigkeiten erfahrene Treue und Freiwilligkeit des Schweizervolkes.

---

hat niemand mehr gewagt, die alteingewurzelten Rechte des kleinen Mannes anzutasten. Die Freiheit blieb bewahrt, dank dem klaren, entschiedenen Willen des Volkes.

Wir sehen hier einen gemeinsamen Zug in der geschichtlichen Entwicklung: Der kleine Mann schloss sich mit andern zusammen, um einen Angriff auf Rechte und Freiheiten abzuwehren und er hatte Erfolg.

Mit dieser Tatsache in engem Zusammenhang steht auch ein gemeinsamer Zug in der Gesellschaftsordnung. Es gab in früheren Zeiten bei allen Völkern Adelige, Edelleute, oder — wie sie bei uns hiessen «Freiherren». Sie glaubten über dem Volke zu stehen, dasselbe nach Willkür behandeln zu können und hausten manchmal schlimmer als die allerhöchsten Herren des Landes, als die Könige und Kaiser. In der Schweiz wie in Skandinavien haben sich diese «Edelleute», diese «Freiherren» nicht in Gegensatz gestellt zum Volk, zu seinen Rechten und Freiheiten, sondern sie hielten zu ihm.

Das Unterdrücken des Rechtsempfindens, der Selbständigkeit des einzelnen durch kleine und grosse Machthaber, hat gewiss zu manchen ungesunden Zuständen bei vielen Völkern geführt. Letzten Endes dazu, dass eine kleine Gruppe von Leuten, oder gar nur ein einzelner Mensch, die grosse Masse eines Volkes nach Willkür lenken konnte. Das ist die ungeheure Tragik, welche sich im Zeitgeschehen offenbart!

Wir können und sollen daraus lernen. Unserem Rechtsempfinden wie unserer geistigen Selbständigkeit drohen Gefahren. Es hat auch Vögte unter uns, die gerne für ihre eigenen Interessen oder im Interesse einer Machtgruppe, das Volk führen möchten. Sie sind aber anonym, darum aber nicht weniger harmlos.

Was ist zu tun?

Vor allem die geistige Selbständigkeit fördern und etwas aufstellen, ein Ideal, für das wir uns erwärmen, für das sich womöglich die Jugend begeistern könnte — etwas, das unserem Leben Inhalt gibt, über das Essen, Trinken, Fortpflanzen hinaus. Es sollte dabei einigermassen klar werden, dass unsere Kräfte sinnvoll für ein Ganzes und für die Zukunft arbeiten.

Es würde zu weit führen, wollten wir alles aufführen, was am ehesten heute zu begeistern vermag (auch in normalen Zeiten): Sport, Film, Schützenfeste mit Hüttenbetrieb (wobei die Nebensache zur Hauptsache wird). Aber sind nicht auch Technik, Wissenschaft und sogar Kunst der Gefahr einer Überschätzung unterworfen? Wir wollen diese Frage nicht näher untersuchen, sondern gleich aufs Ziel losgehen.

Bericht aus den nach Frankreich transportierten „Schweizer Baracken"

* Vor kurzem traf von der Schweizer Kinderhilfe-Delegation in Paris die Nachricht ein, dass die für die Kinderfürsorge in Arras bestimmten Holzbaracken, die anfangs Februar in drei Eisenbahnwagen die Schweiz verlassen hatten, gut an Ort und Stelle angekommen seien. Bei dieser Gelegenheit ist es vielleicht am Platz, einige Angaben über die Tätigkeit einer gleichfalls unter der Leitung des Schweizerischen Roten Kreuzes, Kinderhilfe, stehenden «Schweizer Baracke» zu veröffentlichen, dem «maison zurichoise des petits Français», das im vergangenen Frühjahr aus der Schweiz transportiert und Ende April in der vollständig zerstörten Stadt Beauvais aufgestellt wurde. — Nachdem die Kinder in Beauvais monatelang zuvor nichts als den nackten Kellerboden oder das blosse Drahtgestell eines Bettes als Schlafgelegenheit gehabt hatten, konnte nun das Schweizerhaus während dieser acht Monate insgesamt 95 Kinder, davon 27 Säuglinge, die durchschnittlich 5 Monate blieben, beherbergen, was im ganzen 7795 Verpflegungstagen entspricht. Viele davon wurden durch die öffentliche Wohlfahrtspflege gebracht, verlassene, kriegsverwaiste oder sonst infolge der Zeitverhältnisse vernachlässigte Kinder. Die Mehrheit der Säuglinge befand sich im Stadium des ersten oder zweiten Schwächegrades, ihr Gewicht war durchschnittlich nur 2800 Gramm.

Im ganzen sind die Resultate so ermutigend, die Dankbarkeit der Bevölkerung so gross, das Haus selber Gegenstand grosser Bewunderung aller auswärtigen Besucher, dass man sein Möglichstes tun wird, dieses «Maison zurichoise», die einst vom Zürcher Hilfskomitee gespendet, später aber vom Schweiz. Roten Kreuz, Kinderhilfe, übernommen wurde, weiterzuführen und ihm, wie es auch für Sedan und Arras geschah, andere nachfolgen zu lassen.

Die Spanientransporte mit schweizerischen Motorlastwagen

Im Geschäftsbericht des Verbandes schweiz. Motorlastwagenbesitzer wird hierüber ausgeführt:

«Zu den kriegswirtschaftlichen Massnahmen zählen bekanntlich auch die Transittransporte in Spanien mit schweizerischen Camions, wie sie in den Aufgabenkreis der «Autotransit» gelegt worden sind, auf Grund des schweizerisch-spanischen Sonderabkommens. Dem Unternehmen stellten sich im Laufe des Jahres vielerlei Schwierigkeiten entgegen, wie zeitweiser Warenmangel, Unregelmässigkeiten in der Treibstoffversorgung, und nicht zuletzt die wiederholten Pneusorgen, alles mitspielende Faktoren, welche nicht immer leicht zu beheben waren. Die erste Kolonne von 19 Wagen wurde nach Ablauf ihrer Vertragsdauer Ende April zurückgerufen und durch eine zweite Kolonne von anfänglich 10 Wagen ersetzt, die sich sukzessive auf 16 Wagen erhöht, teils Diesel-, teils Holzgaswagen Mit diesen Kolonnen konnte bis Jahresende die respektable Leistung einer Güterbeförderung von insgesamt 6974 Tonnen im Interesse unserer Landesversorgung erreicht werden, wobei eine durchschnittliche Wagen-Jahresleistung von 75,000 km resultierte, mit Einschluss der Stillstands- und Reparaturperioden. Die zuerst befahrene Strecke Badajoz—Canfranc ist mit der Umleitung des Schiffsverkehrs nach Bilbao auf die wesentlich kürzere Strecke Bilbao-Canfranc verlegt worden, und gegenwärtig wird ausschliesslich diese Fahrroute eingehalten. Die Konjunkturschwankungen in der Alimentierung mit Frachtgütern wirken sich natürlich auch auf das finanzielle Ergebnis aus, so dass eine weitere Hilfe des Bundes in Anspruch genommen werden musste, wenn man das Unternehmen nicht vorzeitig liquidieren wollte.»

Versammlungskalender

Sonntag, den 11. April.

Mühlengenossenschaft schweiz. Konsumvereine (M. S. K.), Zürich: 31. ordentliche Delegiertenversammlung im Restaurant «Du Pont» in Zürich. Beginn vormittags 10 Uhr.

Versicherungsanstalt schweiz. Konsumvereine: 35. ordentliche Delegiertenversammlung im Restaurant «Du Pont» in Zürich. Beginn 14.15 Uhr.

Schweiz. Genossenschaft für Gemüsebau (SGG)

Generalversammlung

Die 25. ordentliche Generalversammlung der S. G. G. Kerzers fand am 23. März 1943 im Verwaltungsgebäude des V. S. K., Basel, statt.

In seinem Eröffnungswort konnte der Präsident, Herr Dr. L. Müller, von einem in jeder Hinsicht befriedigend abschliessenden Geschäftsjahr Kenntnis geben. Vor allem haben günstige Witterungsverhältnisse zu guten Ernten verholfen, was sich auf den auf der Höhe der Technik stehenden S. G. G.-Betrieben besonders vorteilhaft auswirkte. Der Geschäftsgang erlaubte es denn auch, die Teuerungszulagen des S. G. G.-Personals weiter zu erhöhen.

In bezug auf Erweiterung der S. G. G. ist zu bemerken, dass der 1941 gegründete Walliser Betrieb Illarsaz im Berichtsjahr ausgebaut und zudem in Morgins (Wallis) in einer Höhenlage von

---

Was notwendig erscheint, das ist: der «Bildung» neuen Inhalt, neue Geltung zu geben. Sie sollte an sich etwas sehr Begehrenswertes sein, nicht zu sehr überlastet von einem «Anhängegewicht» an Schulwissen, Gelehrsamkeit, äusseren Umgangsformen oder technischen Fähigkeiten. Sondern, dass wir dazu gelangen, unter «Bildung» mehr und mehr die innere Einstellung zum Mitmenschen zu verstehen, die innere Bereitschaft einander geistig und wirtschaftlich beizustehen und zu fördern.

Ein Bildungsideal dieser Art ist aber nicht wesentlich verschieden vom Kern des «Genossenschafts»-Gedankens — losgelöst, befreit von seiner engen, rein wirtschaftlichen Bedeutung.

Es finden sich zum Glück in unserem Land bereits Bestrebungen, im obgenannten Sinne «Bildung» zu pflegen. Sie stehen aber noch in den Anfängen. Viel weiter fortgeschritten sind diese in Skandinavien, wo Volksbildungsheime schon bald 100 Jahre vorhanden sind und ihre segensreiche Wirkung ausüben. Es ist kein Zufall und steht damit in engem Zusammenhang, dass in Schweden — wie auch in den übrigen skandinavischen Ländern — ein hohes Mass geistiger Regsamkeit und Selbständigkeit zu finden, dass dort das Genossenschaftswesen sehr verbreitet und stark verwurzelt ist, dass dort die Studienzirkel einen vorzüglichen Nährboden haben und — beiläufig sei auch darauf hingewiesen — dass dort die Trinksitten (die Vernebelung des Geistes) nicht diese Verbreitung haben wie bei uns und in andern Ländern.

Bildung solcher Art lässt sich nun eben nicht in der Schule erwerben (auch nicht auf der Hochschule, der Universität), vielleicht wohl da und dort in der Familie, jedenfalls dort, wo man miteinander lebt, arbeitet, isst, zusammen sich freut und auch gemeinsam die Erholung geniesst, kurz, wo man wirklich eine Gemeinschaft erleben kann.

Wirkliche Bildung und der Genossenschaftsgedanke stehen in enger Verbindung zueinander. Die beiden Momente — in ihrer Einheit — haben an der Wiege unserer staatlichen Gemeinschaft gestanden, der alten Eidgenossenschaft.

Wir tun wohl daran, uns immer wieder auf den Ursprung zu besinnen, zur Quelle zu gehen, die lauter und klar ist, um uns zu stärken —

dass wir wiederum die Verbundenheit (trotz aller Gegensätzlichkeit im einzelnen) verspüren und zusammenstehen in echter Brüderlichkeit —

dass wir einem tiefen natürlichen Grundimpuls gehorchen: der Ehrfurcht vor dem Leben.

A. S.

1200 m ü. M. 5 Hektaren Land für die Durchführung von Saatkartoffel-Anbauversuchen gepachtet wurden.

Als weiteres besonderes Ereignis des Jahres 1942 sind hervorzuheben die Besichtigungen von S. G. G.-Betrieben durch Pressevertreter, parlamentarische Kommissionen usw., wodurch massgebende Kreise vermehrten Einblick in die Aufgaben der S. G. G. und ihr im Landesinteresse stehendes Schaffen erhalten haben.

Nach kurzer Diskussion wurden Jahresbericht und Rechnung genehmigt mit gleichzeitiger Déchargeerteilung an die Verwaltung und Direktion. Anschliessend wurden die bisherigen Rechnungsrevisoren für eine weitere Amtsdauer bestätigt.

Verbandsdirektion

Die Verbandsdirektion hat im Einverständnis mit den Kreisvorständen die *Frühjahrskonferenzen* pro 1943 festgesetzt und die Vertretung der Verbandsdirektion wie folgt bestellt:

Kreis	Datum	Ort der Versammlung	Vertreter des V. S. K.
I	16. Mai	Leysin	O. Zellweger
II	9. »	Fontainemelon	O. Zellweger
IIIa	9. »	Kirchberg	Dr. L. Müller
IIIb	20. »	Naters	Dr. L. Müller
IV	2. »	Olten	M. Maire
V	2. »	Zofingen	Dr. H. Faucherre
VI	16. »	Gersau	M. Maire
VII	4. April	Winterthur	M. Maire
VIII	16. Mai	Speicher	Dr. L. Müller
IXa	16. »	Schmerikon	Dr. H. Faucherre
IXb	9. »	Chur	Dr. H. Faucherre
X	16. »	Ascona	G. Hübner

Wir wiederholen, dass als Traktanden des V. S. K. für diese Konferenzen vorzumerken sind:

a) Besprechung des Jahresberichtes und der Jahresrechnung des V. S. K. pro 1942;

b) Traktanden der Delegiertenversammlung des V. S. K. vom 19./20. Juni 1943 in Genf.

Die Kreisvorstände werden ersucht, die Einladungen mit Tagesordnung möglichst bald festzusetzen, soweit dies noch nicht geschehen ist, und der Verbandsdirektion zur Publikation in der Verbandspresse einzusenden.

Genossenschaftliches Seminar

(Stiftung von Bernhard Jaeggi)

Dem Genossenschaftlichen Seminar sind überwiesen worden:

Fr. 3000.— vom Lebensmittelverein Zürich,
» 400.— von der Société coopérative de consommation Neuchâtel,
» 300.— von der Minoterie coopérative du Léman, Rivaz,
» 200.— von der Société coop. de consommation de Vallorbe,
» 100.— vom Konsumverein Thalwil.

Diese Vergabungen werden hiermit bestens verdankt.

Arbeitsmarkt

Angebot

Intelligente 17½jährige, ehrliche, strebsame Tochter, mit drei Jahren Sekundarschule und zwei Jahren Welschlandaufenthalt, sucht **Lehrstelle als Verkäuferin.** Familienanschluss erwünscht. Eintritt 1. Mai oder nach Übereinkunft. Offerten erbeten unter Chiffre G. K. 40 an den V. S. K., Basel 2.

INHALT: Seite